

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementpreis 75 Pfg. vierteljährlich.  
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Benloerwall 9.  
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 3gesp. Zeilen 20 Pfg.  
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.  
Für Postbezug: Postamt Köln 1.

## Graf Rosadowsky's Rede auf dem deutschen Arbeiterkongress!

„Meine geehrten Herren und Damen. Ich bin dem Herrn Vorsitzenden dankbar, daß er mir nach der Erledigung dieser reichen Tagesordnung noch das Wort erteilt hat. Es war mir aber ein Bedürfnis, jetzt, wo Sie am Schluß Ihrer Verhandlungen und ich unter dem tiefen Eindruck derselben stehe, noch ein kurzes Wort an Sie zu richten.“

Es werden in neuerer Zeit vielfache praktische und wissenschaftliche Angriffe gegen die deutsche Sozialpolitik und insbesondere gegen unsere soziale Versicherungsgesetzgebung gerichtet. Ich muß bei diesen Angriffen stets an eine Ueberlieferung aus dem klassischen Altertum denken. Aus jener Zeit wird uns erzählt, daß ein Mann namens Herostates sich dadurch einen berühmten Namen machen wollte, daß er einen herrlichen, den Göttern geweihten Tempel in Brand steckte und so der Verwüstung überließerte. Unsere soziale Gesetzgebung ist auch ein herrlicher Tempel deutschen Gemütes, ein herrlicher Opferfreudigkeit, ein Denkmal deutscher Gewissensarbeit, ein Wahrzeichen der glücklichen Entwicklung des deutschen Volkes. Und wer dieses Werk angreift, vergreift sich an einem der bedeutendsten Werke deutscher Kulturarbeit. Was hat die soziale Gesetzgebung nicht geleistet zur körperlichen und sittlichen Hebung des deutschen Arbeiterstandes! Mit ihr wurde dem deutschen Arbeiter ein weites Gebiet öffentlicher Tätigkeit gegeben; in den Selbstverwaltungskörpern der sozialen Gesetzgebung konnte er Hand in Hand mit den Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft und der Reichs- und Staatsbehörden arbeiten; er konnte lernen in der Verwaltung der Staatsinteressen eine eigene Verantwortung zu übernehmen. Das war für den Arbeiter eine wichtige Schule öffentlich-rechtlicher Erziehung, und trotz aller Klagen und Beschwerden im einzelnen hat diese öffentliche rechtliche Tätigkeit den deutschen Arbeiter ganz sichtbar gehoben. Man wirft der sozialpolitischen Gesetzgebung Erschlaffung des Verantwortlichkeitsgefühls des Arbeiters und seiner Willenskraft vor. Glaubt man wirklich, daß dadurch, daß den einzelnen Arbeiter im Falle seiner dauernden oder vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit infolge Krankheit, Unfall oder hohen Alters eine Rente gewährt wird, ihm die äußerste Notdurft des Lebens bietet, glaubt man, sage ich, daß hierdurch das persönliche Verantwortungsgefühl des deutschen Arbeiters für sein Lebensschicksal und das seiner Familie und seine Willenskraft geschwächt wird? Wenn diese Behauptung richtig wäre, müßte die Willenskraft jedes Menschen geschwächt werden, der durch seine äußeren Verhältnisse vor der Not des Lebens bewahrt ist, das hat aber noch niemand verständigerweise zu behaupten gewagt. Man wendet schließlich ein, daß durch die soziale Versicherungsgesetzgebung eine gewisse Lähmung vorgekommen sind und wahrscheinlich noch vorkommen, daß Renten erschlichen werden und eine Forderung auf die Fortgewährung von Renten erhoben würde, die sachlich nicht mehr berechtigt war. Aber kommt es nicht auch in anderen Gesellschaftskreisen vor, daß aus eigenem Interesse Staat Gemeinwesen und Mit-

bürger geschädigt werden? Wenn das Wehrsteuer-gesetz die Bestimmung erhält, das allen denen, die bisher zur Einkommensteuer zu niedrig deklariert haben, ein Generalpardon gewährt wird, so dürfte sich doch hierin die Ueberzeugung des Gesetzgebers ausdrücken, daß viele Steuerpflichtige zum Schaden von Staat, Gemeinde und Mitbürgern in ihren Steuererklärungen zu niedrige Angaben gemacht haben. Wenn also auch solche bedauerlichen Fälle von Rentenbetrug vorkommen, was besagen solche Einzelfälle gegenüber der ungeheuren Zahl der sachlich Rentenberechtigten?

Wenn ich mit ausländischen Politikern und Staatsmännern zusammen gekommen bin, war der erste Gegenstand ihrer Unterhaltung fast stets die deutsche Sozialgesetzgebung; sie besprachen mit Bewunderung von diesem Werk. Nichts hat das Ansehen Deutschlands als eines Kulturvolkes so gehoben, wie die deutsche Sozialpolitik. Fast alle europäischen Kulturstaaten haben unsere Gesetzgebung nachgeahmt, manche fast buchstäblich. Die Angriffe gegen dieses große Werk deutscher Weisheit und deutschen Gemeinfinns tragen deshalb einen geradezu herostatischen Charakter. Ich muß aber zugeben, daß mein Vergleich in einer Beziehung stark hinkt, denn Herostates stürzte sich schließlich selbst in den brennenden Tempel und opferte sich dem Flammentode; ich glaube nicht, daß die Gegner der deutschen Sozialpolitik geneigt wären, soweit zu gehen. Wer die deutsche Versicherungsgesetzgebung belächelt, wird niemals die Not einer Familie kennen gelernt haben, die ihres Ernährers durch Arbeitsunfähigkeit oder Tod beraubt ist, oder er muß ein dreimal gepanzertes Herz besitzen.

Sie haben von Ihren Kämpfen gegen die Sozialdemokratie gesprochen, die sich im Gegen-satz zur gesamten bürgerlichen Gesellschaft stellt; hierin liegt der große Unterschied mit ihrer eigenen Stellung; Sie wollen ein Glied der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft sein, Sie wollen sich als eine gleichberechtigte Volksschicht in die bürgerliche Gesellschaft einliefern. Ich halte es für eine harte Prüfung des deutschen Volkes, daß sich bei uns eine große Partei gebildet hat, die in einem so schroffen Gegensatz zu unseren geschichtlichen, Ueberlieferungen, zur bestehenden Staatsordnung und zu allen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft steht; wir dürfen aber, wenn wir den Glauben an die Zukunft unseres Vaterlandes aufrecht erhalten wollen, die Hoffnung nie aufgeben, daß sich auch dieser Riß in unserem Volksbewußtsein einmal wieder schließen wird, wir dürfen nie vergessen, daß auch die Anhänger der Sozialdemokratie deutsche Staatsbürger sind, mit verantwortlich vor der Geschichte für das Schicksal und die Zukunft unseres Volkes. Aber, meine Herren und Damen, auch wenn der Kampf gegen die Sozialdemokratie dereinst siegreich bestanden wird, so werden sich die bürgerlichen Parteien der Einsicht nicht verschließen dürfen, daß in einem industriell so hoch entwickelten Lande wie Deutschland, in einem Lande, wo durch unsere Schulbildung auch der Arbeiterstand einen so hohen geistigen Bildungsgrad sich errungen hat, Arbeiterparteien immer bestehen werden, die am öffentlichen Leben teilzunehmen und ihre Sonderinteressen zu vertreten entschlossen sind.

Ist es denn überraschend, daß sich unsere durch Schulung und industrielle Bildung entwickelte Arbeiter-schaft auch korporativ zusammenschließt? Geht nicht der korporative Geist durch die ganze deutsche Geschichte? Sehen wir nicht daß sich alle anderen Gesellschaftsschichten wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Berufe korporativ zusammenschließen? Will man den Arbeitern in einem Staatswesen, dessen Grundsatz die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze ist, daraus einen Vorwurf machen, wenn sie sich auch vereinsmäßig gruppieren. Ist es nicht natürlich, daß sich Arbeiter, die in einem Betriebe tätig sind, unter gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, vielfach in Betrieben, wo das Leben aller Mitarbeiter von der Berufstreue eines jeden Einzelnen abhängt, sich auch korporativ zusammenschließen nach dem Beispiel der zahlreichen bürgerlichen Berufsvereinigungen? Ich meine, die industriellen Arbeitgeber — und um diese handelt es sich ja zunächst nur — sollten den Arbeitern ihre Organisationen nicht mißgönnen, so lange sie diese Organisationen, die öffentliche Ordnung achten und unser wirtschaftliches Leben nicht stören. Einzelne Arbeitskämpfe werden sich nie vermeiden lassen und sind schon eine Erbschaft aus dem deutschen Mittelalter.

Man ruft jetzt vielfach nach neuen Waffen gegen Ausschreitungen der Arbeiterorganisationen. Es ist klar, daß die öffentliche Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß, daß es Pflicht des Staates ist, die Rechtssphäre und Willensfreiheit jedes Einzelnen zu schützen; das hat selbst der aus der radikal sozialistischen Partei hervorgegangene französische Minister Briand seinerzeit auf das nachdrücklichste betont. Ich bin aber immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß Ausschreitungen der Arbeiterorganisationen, die in ihren letzten Wirkungen sich als unheilvoll erweisen, daß sie immer eine schwache Stelle des Staatsorganismus andeuten. Ausnahme-gesetze pflegen wie manche Arzneimittel zu wirken, die einen örtlichen Schmerz zwar vorübergehend stillen, aber desto schädlicher auf den Gesamtorganismus des Körpers einzuwirken pflegen. Ich glaube auch, daß die bestehenden Gesetze, wie die tägliche Rechtsprechung ergibt, zur Bekämpfung von Ausschreitungen völlig ausreichen. Durch Verschärfung der Strafen werden bei großen Arbeitskämpfen einzelne Ausschreitungen nicht verhindert werden; das ist vielmehr Sache einer verständigen, aufmerksamen und tatkräftigen Polizei. Gilt man aber die bestehenden Gesetze nicht für genügend, so mag erdogen werden, ob unter Aufhebung aller Sonderbestimmungen neue Rechtsgrundsätze gegen Einschüchterung, Bedrohung, Gewalt, Erpressung, Verurr aufzustellen sind, dann aber keine Ausnahme-gesetze, sondern gleiches Recht für alle Staatsbürger. Ich glaube, daß auch die Mehrheit der verbündeten Regierungen und des Reichstages gegen die verlangten gesetzgeberischen Maßnahmen aus ähnlichen Gründen sich ablehnend verhalten. Im Hinblick auf die Rückwirkung auf die Stimmung der Arbeiter scheint es mir nicht unbedenklich, mit solchen gesetzgeberischen, wahrscheinlich hoffnungslosen Anträgen aus politisch taktischen Gesichtspunkten hervorzutreten.

Meine Herren und Damen! Ich sehe auf die Tätigkeit der vaterländisch christlichen Arbeiterbe-

wegung, große Hoffnungen für die Zukunft der gesamten Arbeiterklasse; ich hoffe, daß es dem vaterländisch-christlichen Gedanken in kommenden Geschlechtern gelingen wird, den theoretisch-radikalen Geist der Sozialdemokratie zu überwinden. Der Einzelne ist im Leben nichts, er verschwindet im Strom der Vergessenheit, aber das Volk ist ewig, soweit man in dieser Welt von Ewigkeit sprechen kann. Den größten Teil des Volkes bilden aber die minderbemittelten Klassen. Jeder Staat, auch die Republiken werden schließlich aristokratisch regiert von den Vertretern der Geburt, der Bildung, des Besitzes. In einem freien Staat kann sich jeder durch eigene Kraft in die höheren Gesellschaftsschichten emporarbeiten. Pflicht aber der Führer des Volkes, Pflicht der leitenden Gesellschaftskreise ist es, auch mit eigenen Opfern für das steigende Wohlfinden der minderbemittelten Volksklassen zu sorgen und einzutreten. Wenn Sie, die christlichen Gewerkschaften und Vereine, die nationalen, Gesellschaften, die nationalen Verbände für den wirtschaftlichen, sittlichen und geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse einzutreten, so dienen Sie nicht nur den Interessen ihrer Standesgenossen, sondern Sie leisten der sicheren und glücklichen Zukunft unseres ganzen Volkes einen unschätzbaren Dienst.

### Der dritte deutsche Arbeiterkongress.

„Sag was du willst, kurz und bestimmt, laß alle Phrasen fallen.“ Diesen Satz, der allzu weisheitsvollen Erzählern eine Warnung sein soll, hat der nun verfloßene Kongress ebenfalls anerkannt und entsprechend gehandelt. Mit erfrischender Deutlichkeit — Scharfmacherblätter meinen, man müßte statt erfrischen sagen: erschreckend — hat der Kongress auf die Gefahren hingewiesen, die der deutschen Arbeiterschaft drohen. Offene und versteckte Gegner sind am Werke. Ihnen ist zur rechten Zeit in's verdeckte Angesicht gelehrt worden. Die öffentliche Meinung ist dadurch wieder etwas aufgerichtet worden. Gar zu leicht vergißt man, daß der Arbeiterstand noch immer schwer um seine kulturelle Vorwärtsentwicklung ringen muß, daß noch mancher seiner berechtigten Wünsche nicht erfüllt ist. Darum war eine deutliche Sprache doppelt am Platze. Darüber sind sich Freunde und Gegner unserer Sache einig: diese deutliche Sprache ist in Berlin geredet worden. Schön beim

#### Bericht des Ausschusses

wandte sich der Berichterstatter scharf und bestimmt gegen die Geben mit den Worten:

„Mit Bedauern ist festzustellen, daß die gelbe Bewegung, die wir nicht als ehrliche Arbeiterstandsvertretung anerkennen können (Sehr richtig!) und lebhaft allgemeine Zustimmung) eine unheilvolle Zersplitterung in die nationale Arbeiterbewegung gebracht hat.“ (Sehr scharf Weißfall.)

Außerdem wies der Berichterstatter auf die wichtigen Ereignisse hin, die sich in der Berichtsperiode abgepielt haben. Er konnte konstatieren, daß manche Forderung des letzten Kongresses erfüllt worden sei, daß es auf sozialpolitischem Gebiet vorwärts gegangen ist. Unser Verhältnis zu den sozialdemokratischen Organisationen habe sich nicht geändert. Die eigentlichen Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein ausgezeichnetes Referat des Kollegen Jass über

#### Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland.

In dem Doppeljubiläum dieses Jahres, so führt Jass etwa aus, klingen die Worte des Themas aus, das bestimmt worden ist, den dritten deutschen Arbeiterkongress einzuleiten. Wir sind ein nationaler Kongress. Die Arbeiter und Angestellten aller deutschen Stämme und Gauen, die hier vertreten sind, fühlen sich verwachsen mit Land und Volk. Das deutsche Volk in ehrenvoller Aufzeichnung im Wettbewerb der Kulturvölker, das ist der Inhalt unseres Nationalbegriffs. Das war es auch, was das Volk von 1813 gefühlt, gewünscht und was es erreicht hat. Ohne den Opfermut von 1813 gab es kein deutsches Reich. Ein Volk vermag viel, wenn es einmal in all seinen Gliedern seines Wesens und seiner Eigenart als Nation sich bewußt geworden ist. Allein, seine Selbstkraft wird es doch nur entfalten können, wenn Selbstverleugung, Erduldungs- und Unterwerfungsgedanken der einzelnen geschütt und getragen werden durch bürgerliche Freiheit und öffentliche Institutionen und Gesetze.

So ist es auch bei uns in Deutschland. Eine neue Zeit mit technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen und sozialer Umgestaltung ist seitdem entstanden. Es ruht sich der Stand der Lohnarbeiter. Es dauerte lange, bis der Staat die richtige Stellung zum Lohnarbeiter gefunden hat. Erstlich kam der soziale Gedanke doch in der Politik zur Geltung und ist im Laufe der Zeit besser

aufgenommen, wie in manch anderem Land. Besonders unser jetzt regierender Kaiser hat das soziale Missionswort des konstitutionellen Königtums entschlossen aufgegriffen. Die Erlasse von 1890 stehen als Dokumente christlicher Humanität und Staatsweisheit vor uns. Wir bauen sie dem Kaiser aus tiefer Seele. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind monarchisch gesinnt und glauben damit eins zu sein mit dem deutschen Bundesgeist, wie er sich in Jahrhunderten gewildet hat. Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz sind im Deutschen Reich ausgebaut worden. Absolut vollkommen sind sie noch nicht, aber ihren Segen muß jedermann anerkennen. Die Sozialdemokratie, wenn sie auch stark geworden ist, hat doch, beeinflusst durch die erfolgreiche soziale Reformbewegung, an revolutionärem Glauben eingebüßt. Neben der sozialdemokratischen Bewegung hat sich die christlich-nationale Arbeiterbewegung entfaltet, deren Anhängerzahlen zwar nicht so groß sind, aber Zahlen allein entscheiden nicht. (Sehr richtig!) Wenn breite Massen des Volkes heute schon den Radikalismus bewußt ablehnen, wenn sie die Fähigkeit und moralische Kraft haben, ihre Klassenforderungen im Interesse des Volksganzen zu messen, wenn sie reif sind für eine weitaussehendere Weltpolitik des Deutschen Reiches, so ist das mit dem Wert der christlich-nationalen Organisationen. (Lebhafter Zustimmung.) Aber die wirtschaftliche Erstarkung der deutschen Lohnarbeiterschaft darf nicht überschätzt werden. Noch immer ist das Arbeiterdasein unsicher. Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität sind unheimliche Plageerscheinungen. Die soziale Sorge ist uns noch nicht genommen, es sind noch Aufgaben da. Arbeitslosigkeit gilt es zu bekämpfen, die Lebenshaltung ist zu erleichtern und dem Wohnungswucher muß gesteuert werden. Also auf Volksbildung und Volkserziehung ist zu achten. Der Staat, die sozialen Vereinigungen und die religiösen Gemeinschaften haben hier große Aufgaben. Im Volke wächst gute Kraft. Die müge man herauspochen lassen. Darin liegt die Zukunft der Nation. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Daraufhin erstattete Wiesberts, der oft bewährt und gerade deswegen viel angefeindete Führer, sein Referat über:

#### Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner.

Er führte aus:

„In dem Gedanken an die Erfolge unserer Sozialpolitik im Jubiläumsjahre mischt sich ein Schatten. Mehr als je erheben die Gegner der Sozialpolitik ihr Haupt, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, daß selten die antisozialen Bestrebungen sich so scharf hervorgehoben haben wie gegenwärtig.“

Man würgelt und kritisiert die Ergebnisse unserer Arbeitergesetzgebung unter Voraussetzung von einzelnen Mißständen. Vertreter der Industrie wie auch Vertreter der Wissenschaft haben in jüngerer Zeit kräftig Sturm gelaufen gegen unsere Sozialgesetzgebung. Aber ebenso einmütig war die Abwehr, und eine erwünschte Folge jener Angriffe ist zweifellos gewesen, daß die neuen Kundgebungen durch die zahlreichen Schriften zur Abwehr der Angriffe die Bedeutung und den Segen der Sozialgesetzgebung dem deutschen Volk erneut zum Bewußtsein gebracht haben. Manche klagen über die Lasten der Sozialgesetzgebung und sehen darin eine Verdrängung ihres Profits. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Sozialgesetzgebung finanzielle Opfer erfordert. Aber sie sind bei weitem nicht so groß, daß sie die Industrie nicht tragen oder sie in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland beeinträchtigen könnten. Wir sind die letzten, die eine Sozialgesetzgebung wollen, welche die Industrie ruinert, aber im Rahmen des Möglichen muß auch das Notwendige geleistet werden. Bei Berechnungen von hervorragenden Sozialstatistiken betragen die Beiträge der Arbeitgeber zu den drei Zweigen der Arbeiterversicherung im Durchschnitt 3 bis 4 Prozent der gesamten Löhne. Wir legen entschiedenen Protest ein gegen die ungerechtfertigte Schwarzmalerei, die ganz besonders dazu beigetragen hat, die deutsche Arbeiterversicherung im Ausland in Mißkredit zu bringen.

Und ebenso protestieren wir gegen die mit Gewalt in letzter Zeit auftretende Forderung nach Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Es scheint fast, daß die Zeit, wo wir den radikalsten Reichstag haben, die Zeit der härtesten sozialen Reaktion werden sollte. Die sogenannten Arbeitswilligkeitsforderungen werden unterstützt durch das Leipziger Kartell der schaffenden Arbeit und den Handwerks- und Gewerbetag, sowie den Hansabund. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird alles daransetzen, eine Rückwärtsbewegung der Arbeiterrechte zu verhindern. Politische Parteien, welche sich auf den Boden jener Forderungen stellen, treten zu uns in schärfstem Gegensatz und in Kampfbereitschaft. Aber auch heute darf gesagt werden, wenn die

Pläne der Scharfmacher keine Verwirklichung finden, so dankt doch die deutsche Arbeiterschaft in erster Linie der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und nicht der Sozialdemokratie, die durch ihren Terrorismus den Reaktionen den Vorwand gibt für ihr arbeitereindliches Verhalten.

Es handelt sich im letzten Grunde nicht um die Verteidigung formloser Rechte, sondern um die Erhaltung der gewerkschaftlichen Erfolge, im besonderen der Tarifverträge. Industrie und Handwerk sind von ihren Führern übel beraten, wenn sie so vorgehen wie in letzter Zeit. Das ist nicht die rechte Vertretung berechtigter Interessen, wenn man sich den Interessen anderer Stände in den Weg stellt. Die Landwirtschaft, das Handwerk, Handel und Industrie finden für ihre Organisation die weitgehendste Unterstützung der Regierung. Die Gesetzgebung hat ihnen große Nachbesserung über die Standesangehörigen in der Organisation gegeben. Und nun sehen wir, wie diese Stände gemeinsam Sturm laufen gegen die ungeschützte freie Selbsthilfebewegung der Arbeiter. Das sieht fast so aus wie die Proklamation des Klassenkampfes von oben. Dieser Kampf kann unmöglich Frieden und Segen für Volk und Vaterland bringen.

Alle diese antisozialen Strömungen beweisen, daß eine klare Erkenntnis der eigentlichen Lage der Lohnarbeiter innerhalb unserer Wirtschaftsentwicklung noch nicht genügend durchgedrungen ist. Wir Arbeiter können uns das Recht nicht verwehren lassen, die Bewertung unserer Erwerbskraft als einzige Vermögens- und Einkommensquelle so zu gestalten, daß Gesundheit und Leben nach Möglichkeit gesichert werden. Wir müssen für uns die volle Freiheit der Selbsthilfebewegung verlangen, im Rahmen von Gesetz und Ordnung, um unsere Löhne zweckentsprechend regeln zu können und das Mitbestimmungsrecht im freien Arbeitsvertrag zu sichern. Bei dem vorigen Kongress hier in Berlin hat der damalige Staatssekretär des Innern, der jetzige Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg, die Programmworte gesprochen von der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft. Die Strömungen, die wir jetzt sehen, wenden sich gegen dieses Programm; sie gehen viel mehr nach einer Ausgliederung als einer Eingliederung aus. Deshalb lassen wir nicht locker. Wir wollen unsern Platz in der Gesellschaft erringen, wir wollen die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den historischen Ständen, unter verständiger Berücksichtigung der verschiedenen Stände, die nun einmal in jeder menschlichen Gesellschaft, und Wirtschaftsordnung selbstverständlich sind. Die antisozialen Bestrebungen sind bedauerlich im Interesse des sozialen Friedens und des nationalen Fortschritts. Das Licht der Kultur und der wirtschaftlichen Errungenschaften hat auch das Dunkel des Arbeiterdaseins allmählich erhellt. Nun sehen wir Reaktionen am Werk, die recht statt wieder die Fenster verhängen müßten, durch die, wenn auch spärlich, aber immerhin tröstlich und erfreulich das Licht des sozialen Frühlings in das Arbeiterdasein strahlte. Wir wollen ihnen kräftig auf die Finger klopfen, und was unser Teil betrifft, dafür sorgen, daß die Fenster recht weit geöffnet und das Licht auch weiterhin recht freundlich und tröstlich den Armen leuchtet. Die Eingliederung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft ist für uns keine inhaltslose Phrase, sondern ein Programm, ebenso wie für uns das Wort Kaiser Wilhelm I. ein Programm ist: „Ich will, daß meinem Volke die Religion erhalten bleibt.“ Wir wollen die religiösen und sozialen Kräfte im Volke stärken und ebenso entschieden vertreten gegen Radikalismus von links wie gegen Reaktion von rechts.

Generalsekretär Stegerwald sprach über

#### Lebensmittelversorgung und Lebensmittelerzeugung.

Die heutige Volkswirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten ungeheure Wandlungen durchgemacht. Bei Schaffung des Deutschen Reiches bildeten die in der Landwirtschaft Tätigen über 47 Prozent der Bevölkerung, 1907 dagegen waren es nur noch 28,6 Prozent, trotzdem in der Zwischenzeit sich die deutsche Bevölkerung um mehr als 21 Millionen Menschen vermehrte. Die Zahl der Lebensmittelerzeuger geht ständig zurück, während die Lebensmittelverbraucher jährlich um 8—100 000 wachsen. Das deutsche Volk wird in stetig steigendem Maße Stadt- und Industrievolk.

Diese Entwicklung stellt ganz andere Forderungen hinsichtlich des Nahrungsmittelbedarfs an die landwirtschaftliche Bevölkerung. Die Zusammenballung gewaltiger Konsummassen in wenigen Städten und Industriebezirken weisen auch der Organisation des Lebensmittelertrags ganz neue Aufgaben. Die Wirtschaftspolitik, mit der 1870 in Deutschland begonnen wurde, war in der Hauptsache Produktionspolitik. Heute muß im Hinblick auf die gewaltig veränderte Volkswirtschaft auf ernährungsbedingte die Frage behandelt werden:

kann neben der Produktionspolitik eine gesunde Konsumpolitik zielbewußt durchgebildet werden? Wie kann die Kaufkraft der gewaltigen Konsummassen gehoben, wie kann der Inlandsbedarf an Lebensmitteln den Massen am zweckmäßigsten vermittelt werden.

Im letzten Nahkampf ist in Deutschland eine sehr starke Preissteigerung, insbesondere für Fleisch und tierische Produkte, eingetreten. Breite Konsumtenmassen konnten ihre Einkommensverhältnisse nicht in dem gleichen Maße steigern, wie die Preise für Lebensmittel gestiegen sind. Aus dieser Situation müssen wir in Deutschland heraus.

Die Ursachen der Teuerung sind teils nationaler, teils internationaler Art. An internationalen Ursachen sind zu nennen: Die ehemaligen europäischen landwirtschaftlichen Ausfuhrstaaten haben inzwischen ihre Industrie entwickelt und ihre landwirtschaftliche Produktion bedeutend vermehrt. Die älteren Industriestaaten Europas und die Vereinigten Staaten von Nordamerika weisen ebenfalls eine bedeutende Volkswirtschaft auf. Der Bedarf an Nahrungsmitteln ist in den letzten Jahren schneller gestiegen als die Weltproduktion. Als deutsche Preissteigerungsurache ist zunächst zu nennen die gewaltige Verstäubung und Industrialisierung unserer Bevölkerung. Dann die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion durch veränderte Arbeitsaufwand, durch teure Düngemittel, gestiegene Arbeitslöhne usw. Dazu kommt die teilweise Anarchie im Lebensmittelverkehr, der gegenüber die Großstädte und Lebensmittelzentren mit ihren gewaltigen Konsumtenmassen ihre Aufgaben vernachlässigt haben. Schließlich sind mehrere Mischstände im Viehhändler- und Metzgergewerbe. Auch die deutsche Zollpolitik hat, insbesondere in den letzten Jahren, verstärkend auf die Preissteigerung gewirkt.

Die Begleiterscheinungen der Teuerung sind für die deutsche Gesamtwirtschaft außerordentlich bedeutend, sodaß mit großem Ernst die Frage ventiliert werden mußte: Wie kann der Teuerung in Deutschland wirksam begegnet werden? Dazu gibt es zwei Wege: entweder Beseitigung oder bedeutende Herabsetzung der landwirtschaftlichen Schutzgölle, oder nachdrückliche Verbesserung und Vervollkommnung der Inlandsproduktion und des Lebensmittelverkehrs, verbunden mit Ergänzungszufuhr vom Ausland. Ich bin der Ansicht, daß für deutsche Verhältnisse der letztere Weg am sichersten zum Ziele führt. Dazu ist notwendig: Kreditversicherung für die Landwirtschaft, energische staatliche Förderung der behördlichen Einrichtungen zur Herbeiführung eines wirtschaftlichen und billigen Betriebes, insbesondere für die kleineren und mittleren Landwirte. Der innere Konsum und der Erschließung von Moorlandbereichen ist die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch bei der bevorstehenden Neuregelung unserer Handelsverträge erscheinen sich Erleichterungen als notwendig. Eine Erhöhung der Zölle auf Nahrungsmittel ist abzulehnen. Ebenso dürfen Zölle nicht auf sonstige zollfreie Lebensmittel gelegt werden, insbesondere nicht auf solche, die für den Massenbedarf in Frage kommen. Schließlich ist erforderlich eine gründliche Aenderung des Einfuhrzollsystems. Der Verbesserung des Futterbaues und des ausländischen Futterbezuges ist die größte Sorgfalt anzuwenden. Hinsichtlich der Ergänzungszufuhr von Vieh sind mit den an Deutschland angrenzenden Ländern, ähnlich wie mit Oesterreich, Seuchenkonventionen abzuschließen, die Bestimmungen über die Quarantäne

gegenüber dem skandinavischen Vieh zu mildern. Bezüglich der Zufuhr von Fleisch muß die Viehwirtschaft in unseren Kolonien gefördert werden. Dort könnten Fleischkonservenfabriken errichtet und mit den Konserven des deutschen Meer und die Marine versorgt werden. Die Verbote gegenüber der Einfuhr von amerikanischem Rindfleisch und Partwürfen sind aufzuheben. Hinsichtlich der Einfuhr von amerikanischem Rindfleisch sind Erleichterungen zu schaffen. Auf dem Gebiete des Lebensmittelverkehrs erweisen sich größere Reformen als notwendig. Es sind Lebensmittelämter im Reich, in den Einzelstaaten und in großen Konsumgebieten und Industriebezirken einzuführen. Für den Viehverkehr sind Staffeltarife zu errichten. Den Städten erweisen auf dem Gebiete der Lebensmittelzufuhr große Aufgaben. Sie müssen allmählich auch dazu übergehen, eigene Schlachthöfeanstalten zu errichten. Die großkapazitiven Fleischverpackungen in Deutschland sind auf dem Marische, sodaß auch die Metzger den ständigen Maßnahmen mit größerem Verständnis begegnen sollten. Auch die größten industriellen Anlagen sollten Schlachthöfe und Schlachtereien errichten. Die Arbeiter können sich in ländlichen Bezirken ebenfalls stärker an der Schweinezucht und auch an der Mastzucht beteiligen. In Frankreich werden jährlich um 100 Millionen Mark Kaninchen gezüchtet.

Durch die Behandlung dieses Themas auf dem Kongress sollten Staat, Gesellschaft und öffentliche Gewalten auf die ungeheure Bedeutung des Lebensmittelversorgungproblems hingewiesen werden. An der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes muß künftig allseitig mit größter Energie und Klammigkeit gearbeitet werden.

### Vandtagsangeordneter Andre sprach über die Bedeutung des Koalitionsrechtes und des Verleugungsrechtes für die Arbeiter und Angestellten.

Die heutige Arbeiterbewegung ist das Produkt einer natürlichen Entwicklung, die namentlich von den technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Verbindung mit der Bevölkerungsvermehrung ihren Ausgang genommen hat. Koalition bedeutet Zusammenschluß. Arbeiter und Angestellte müssen sich zusammenschließen, weil sie in der Regel zur dauernden Unselbständigkeit und Abhängigkeit verurteilt sind, und daher einzeln ihre Interessen nicht hinreichend wahrnehmen können. Der rechtlich freie Arbeitsvertrag (§ 105 der Gewerbeordnung) ist tatsächlich unvollständig, weil die Arbeitnehmer durch die Not gezwungen werden, auch unter ungünstigen Verhältnissen Arbeit anzunehmen. Da aber die erste, in der menschlichen Natur begründete Pflicht die Erhaltung des Daseins und die Sorge für die Familie gebietet, ergibt sich das Streben nach Sicherheit und Befestigung der Existenz als ein sittliches Gebot. Dieses Streben findet im Zusammenschluß zwecks gemeinsamer Wahrnehmung der Interessen seinen natürlichen Ausdruck. Der Staat kann dieses Recht nicht umstoßen, er kann es nur gegen Mißbrauch schützen.

Die mit der französischen Revolution zur Ausbreitung gelangte Rechtsauffassung hatte u. a. zur Folge, daß noch in Deutschland bis zum Jahre 1869 Koalitionsverbote bestanden. Die Arbeiter und Angestellten wurden hilflos dem Gesez von Angebot und Nachfrage überlassen. Damit trat die moderne Arbeiterfrage in ein altes Stadium. Weil die zu ihrer Lösung in erster Linie notwendige Gewerkschaftsbewegung sich in Deutschland nicht rechtzeitig und ungehindert entfalten

konnte, wurde die Arbeiterchaft von der wirtschaftlichen sozialen Standesarbeit ab- und in die politisch-rabiale Erziehung hineingebängt. Deshalb hat auch Deutschland die härteste Sozialdemokratie der Welt. Bei uns ist die Gewerkschaftsbewegung erst aus der politischen Arbeiterbewegung hervorgegangen. Von gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter liegen die Arbeitgeberverbände gegenüber. Die Mitglieder der Arbeitgeberverbände beschäftigen indes mehr Angestellte und Arbeiter, als solche heute schon organisiert sind.

Gesez und Rechtsprechung sind der organisierten Arbeiterchaft wenig günstig; die Schranken, denen sie ausgesetzt ist, kennen die Arbeitgeber kaum. Eine ständige Bedrohung für die Arbeitgeberorganisationen bildet von allem der § 153 der Gewerbeordnung. Der Paragraph ist ein förmliches und tatsächliches Ausnahmerecht, weil er am sich erläutere Umständen befristet, jedoch und weil sie in Verbindung mit dem Organisationsbestreben begangen werden. Praxis und Rechtsprechung der Gerichte haben bis jetzt, von Ausnahmen abgesehen, den schärfsten Unternehmerterrorisimus gebildet. Deshalb muß der § 153 fallen. Die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches, des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Zivilprozessordnung genügen vollkommen, um wirkliche Vergehen gegen die Koalitionsfreiheit zu bestrafen.

Die christlich-nationale Arbeiter- und Beamtenchaft legt denn auch recht entscheidende Verwahrung ein gegen jede Verschärfung beim Ausbau strafrechtlicher Bestimmungen in den einzelnen Gesezen und besonders in dem neuen Strafgesetzbuch ein. Die Strafe vom erhöhten Schutz der Arbeitswilligen dient lediglich zur Forderung reaktionärer Maßnahmen, die den Lebensnerv jeder selbständigen Arbeiterbewegung treffen sollen. Auch wir verurteilen mit aller Energie den sozialdemokratischen Terrorisimus. Er ist eine schwere Verfüngung an der Freiheit der Persönlichkeit, die nicht durch den Zusammenschluß, sondern gerade durch sie zur Entfaltung gebracht werden soll, was nur möglich ist, wenn die freie Ueberzeugung des einzelnen geachtet wird. Wir halten weiterhin die Monopolstellung einzelner sozialdemokratischer Gewerkschaften nicht nur für ein schreiendes Unrecht, sondern für eine große volkswirtschaftliche und soziale Gefahr. Trotz alledem aber können wir unter keinen Umständen dulden, daß durch weitere gesetzliche Demunisse der ganze Arbeiter- und Angestelltenstand in seiner wirtschaftlichen Vorwärtsentwicklung, die dem Staat und Volksgangen dient, bedroht und gehemmt wird. Besser ist es noch, es erleidet der einzelne ein Unrecht, als daß der ganze Stand zurückgeworfen wird. Gegen die scharfmacherischen Vorstöße des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, des Verbandes sächsischer Industrieller, des Deutschen Handwerker- und Gewerbeverbandes, sowie des Hausbundes und weiterer Organisationen machen wir daher entschiedene Front. Viel eher als der Arbeiter- sollte der Unternehmerterrorisimus schärfer erfaßt und verfolgt werden. Die Materialperre, das System der schwarzen Listen, die Beschränkung der Freizügigkeit durch Unternehmer-Arbeiternachweise, die Entlassung oder NichtEinstellung organisierter Arbeiter und Angestellten und andere Dinge mehr sind durch Gesez und Rechtsprechung unmöglich zu machen. Nicht minder entschieden wie den Ruf nach Ausnahmestimmungen zur Unterbindung der selbständigen Arbeiterbewegung verurteilt der Kongress die auf das gleiche Ziel gerichteten gelben Bestrebungen. Mit diesen Bestre-

## Tannenbäumchen.

Bodenzersform-Märchen.

„O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie grün sind deine Blätter!“ — So tönte es bei Reich und Arm mit überbellenden Kinderstimmen bei Weihnachtsschmuck und Vergnügen. Und welche Freude, wenn all die kleinen Mädchen nach den schönen Gaben hasten durften, die der Christkind ihnen gebracht.

Am meisten aber freute sich aber wohl der kleine Erwin, ein blaffer, schwächlicher Knabe, über das schon so lange sehnsüchtig erwünschte Märchenbuch mit den herrlichen Bildern. Darum beachtete er auch kaum all die anderen schönen Gaben, setzte sich nur eilig den Hut auf, vom Vater geschenkt Helm auf, umgürtete sich mit dem blanken Degen und setzte sich auf einen Hügel, um sich — ungeachtet des Lärms und des Aufwands der Geschwister — sofort in das Buch zu vertiefen.

Dabei atmete er den würzigen Tannenduft ein, und dachte, wenn er von Zeit zu Zeit einen Blick auf den herrlichen Baum warf, wie wunderbar es doch sei, daß er auch im Winter ein grünes Kleid trage, und wie er jetzt wohl im Walde aussehen möge, wo es im Sommer so schön sei, viel schöner, als in der großen Stadt, wenn man dort auch vor dem Fest Tausende von Weihnachtsbäumen auf den großen Plätzen selbst. Als er den einzigen Tag den Vater gefragt hatte, wo denn die Tannen Bäume herkommen, erhielt er die Antwort, vom Berggipfel, dem Herz oder sonstwie, wo die Tannen an den steilen Bergeshängen Wurzeln schlagen und hinaufsteigen bis auf die Bergspitzen. Was denn seinen Großvater dann man aber keine Tannenbäume gäben,

sondern nur Nadelsternchen bauen. Was aber der Vater damit gemeint, das konnte er nicht recht begreifen.

Es war Zeit geworden, schlafen zu gehen, aber da Erwin sich gar nicht von dem Buch trennen konnte, so erlaubten ihm die Eltern nach vielen Bitten, noch eine der wunderbaren Geschichten zu Ende zu lesen. Die Weihnachtsergen waren inzwischen schon längst niedergebrannt, aber Erwin las noch immer die Geschichte von einer, mit grünen Haaren umwundenen, vergaiberten alten Stadt.

Und da war es ihm, als ob all die Tausende von Ranken sich in Tannenbäumchen verwandelten. Sie hatten alle rote Kadliefäden an, reichten sich die Hände, hielten sich auf dem großen Dönhofsplatz in Reich und Elend, und eines von ihnen trug einen Helm auf der Spitze und einen Säbel umgürtet. Das formanderte. Und dann begannen die Bäumchen zu marschieren wie die Soldaten.

Da fragte Erwin das ganz zuletzt stehende Bäumchen: „Aber sage mir doch, wo wollt Ihr denn hin?“ „Aufs Gebirge, aufs Gebirge“, entgegnete die ertliche Tanne. „Siehst du denn nicht, daß wir in der großen Stadt nicht wachsen und gedeihen können, weil uns hier die frische Luft fehlt, und die hohen Häuser uns alles Licht stehlen, welches wir zu unserem Gedeihen brauchen?“ Darum haben wir beschloßen, auszuwandern, und auf die Berge zu kettern, wo die herrliche Bergluft und der klare Sonnenschein uns so stark kräftigen, daß wir sogar im Winter ein grünes Kleid behalten!“

„Und kommt ihr denn niemals zu uns zurück?“ fragte Erwin neugierig. „Nur wenn die Kinder häßlich artig sind, niemals

auf dem Hof oder der Straße spielen, und den Hausvater und die Eltern nicht ärgern. Dann kommen wir jedes Weihnachtens in großen Scharen von den Bergen heruntergekehrt. Freilich, dafür, daß wir in die Großstadt kommen, müssen wir schließlich alle verdorren, weil wir entwurzelt sind.“

„Ach, da ist es bei uns in der großen Stadt aber doch garstig! Auch wir Kinder finden hier ja kein Plätzchen, wo wir ungestört im Freien spielen können“, entgegnete Erwin.

Da lächelte das Bäumchen und sagte: „Du hast recht, Erwin! Aber schon in deinem Märchenbuch steht ein Geschächchen von glücklichen gesunden Menschen, die auf dem Lande ein kleines eigenes Häuschen hatten. Dort hörte sie die Vögel singen, konnten ihre Wärschen pflegen, und ihre Söhne wurden starke Soldaten und Helde. Bitte den Vater, daß er ein solches Häuschen kauft, dann kannst du im freien spielen und Schmetterlinge jagen, so viel du Lust hast! — Aber jetzt müssen wir Bäumchen fort, weil die großen steinernen Häuser uns sonst ganz verdürren!“

Und bei diesen Worten marschierte er das ganze Regiment der Tannenbäumchen von Erwins haunenden Bildern begleitet, durch die Friedrichstraße hinunter zum Dalkischen Tor. . . .

„Aber Erwin!“ hörte der Knabe plötzlich die Stimme seiner Mutter. — „Sieh doch nur, Vater, da ist der kleine Schlingel über seinem Buche eingeschlafen und träumt von seinem Märchenland!“

„Oh wohl der kleine Erwin, wenn er einmal erwachen ist, den Sinn der Bodenzersform erfassen wird, durch die sein Traum zur Wirklichkeit werden kann?“

bungen wird die Art gelegt an das soziale Verantwortlichkeitsgefühl, sowie an Treu und Glauben im sozialen Leben. Sie sind eine Brutstätte des für das staatsbürgerliche Zusammenleben verderblichsten Egoismus. Dadurch gefährden sie zugleich mit der Persönlichkeit des einzelnen und der Gesellschaftsmoral auf die Dauer auch die nationale Entwicklung nach innen und außen, weil der Egoismus der stärkste Feind der wichtigsten staatsbürgerlichen Tugenden ist.

Das Gedeihen des Volkes erfordert ein freies, ungehindertes Entfalten der Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Die Arbeiterschaft hat ihr gut Teil zur wirtschaftlichen Erstarbung der deutschen Volks- und Weltwirtschaft beigetragen. Eine konsumfähige, kaufkräftige und leistungsfähige Arbeiterschaft ist eine soziale, nationale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit. In den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften haben wir das Vertrauen, daß sie den scharfmacherischen Bestrebungen nicht nur ablehnend gegenüberstehen, sondern auch an die Befreiung der Ausnahmeverordnung des § 158 der Gewerbeordnung herantreten.

Am folgenden (3.) Verhandlungstage erhielt als erster Redner Herr Stadtrat Dr. Goldt-Dormund das Wort über die

### Wohnungsfrage.

Redner betonte die Notwendigkeit, den Mißständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens entschieden entgegenzutreten. Eingehend schilderte er an der Hand von Statistiken und Beispielen das Wohnungsseelen und die sittliche und gesundheitliche Gefahr, die es im Gefolge hat. Im Anschluß daran untersuchte Redner die Ursachen der Wohnungsnot, die verschiedene Natur sind und machte als Mann der Praxis verschiedene Vorschläge, wie dem endlich abgeholfen werden könne. Es müsse nur der ernste Wille und das Streben vorhanden sein, zu helfen. Mit dem Referat begründete er gleichzeitig die im Einverständnis mit dem nachfolgenden Redner vorgeschlagene ausführliche Entschließung.

Arbeitersekretär Wihl, Werner, W. Gladbach hielt gleich im Anschluß als Ergänzung einen mündlichen Vortrag über

### den preussischen Wohnungsreformvorschlag.

Das letzte Referat behandelte Kollege Kaltreich

### die Arbeitslosenfrage.

Er forderte von den Gemeinden und vom Staate, sowie von den Leitern der Produktion eine Reihe durchgreifender Maßregeln. Die Städte haben die Pflicht, in Zeiten der Hochkonjunktur weniger dringliche Arbeiten zu verschieben, um der Industrie und den Arbeitern auch in schlechten Zeiten Beschäftigung zu geben. Hund in Hund mit diesen Maßnahmen muß eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens gehen. Der schrankenlosen Schmutzkonkurrenz geistig und kulturell tiefstehender ausländischer Arbeiter muß ein Regel vorgeschoben werden. Hunderttausende deutscher Arbeiter sind arbeitslos und Ausländer nehmen ihre Stellen ein. (Es handelt sich hier in erster Linie um Italiener und Slaven.) Gemeinden und Staat müssen rechtzeitig für Notstandsarbeiten sorgen. 500 Quadratmeilen Celdland und etwa 1000 Quadratkilometer flaches gemessenes Land haben wir noch in Deutschland. Praktische Beispiele zeigen heute, daß diese Länder in brauchbares Garten- und Ackerland verwandelt werden können, und zwar durch Arbeitslose. „Wehr innere Kolonisation“ sei die Parole. Die Wander-Arbeitsstätten, insbesondere die in Württemberg und Westfalen, haben sich durchaus bewährt. Überall mußten sie eingerichtet werden, damit Menschen, die arbeiten wollen, nicht der Schande anheimfallen. Sobald forderte Redner die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung. Ohne die Arbeiterorganisationen kann man keine Arbeitslosenfürsorge wirksam einrichten, noch viel weniger gegen sie. Die Schwierigkeiten lassen sich auch bei etwas gutem Willen beseitigen und gegen den Mißbrauch können entsprechende Kontrollen und Maßnahmen vorgezogen werden. Die bürgerliche Gesellschaft kann unmöglich den Arbeitern und Angehörigen allein die Forderungen der Produktionsnotwendigkeiten und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit aufbürden. Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen sind Wahnsinne, aus denen die Sozialdemokratie schöpft. Wir dürfen diese Wunde am Volkskörper nicht offen halten, sondern müssen dieselbe möglichst bald und mit dauerndem Erfolg heilen.

Nach diesen Referaten folgte eine ausgiebige Diskussion, in der die Forderungen der Referenten unterfunden wurden.

Nach Beendigung des Arbeitspensums des Kongresses wurden die Wahlen zum Ausschuss vorgenommen. Mit Annahme eines Vertreters von „Eich Berlin“ wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der Ausschuss soll einen Vertreter von „Eich Berlin“ ernennen, wenn sich ergeben hat, daß sich die kathol. Arbeitervereine „Eich Berlin“ in den Rahmen des Kongresses

einordnen. Diese Maßnahme war u. U. durchaus notwendig, wenn durch „Eich Berlin“ der ganze Erfolg des deutschen Arbeiterkongresses nicht vereitelt werden soll. Die Herrschaften haben sich bisher lediglich bemüht, den Scharfmachern und Reaktionsären Wasser auf die Mühle zu leiten.

Vor Schluß des Kongresses ergriff noch einmal Graf von Posadowsky das Wort, um eine höchst bedeutsame Rede zu halten, die wir an anderer Stelle im Wortlaut wiedergeben. Nachdem sich der gewaltige Krampf gelegt hatte, der dieser Rede des „Zugführers der deutschen Sozialpolitik“ folgte, sprach Stegerwald ein eindrucksvolles

### Schlußwort.

Dieser Kongress war, neben dem außerordentlichen Mangel der christlichen Gewerkschaften in Essen, die bedeutendste Arbeitertagung, die in den letzten Jahrzehnten im Deutschen Reich stattgefunden. Und diese Bedeutung unserer Tagung wissen aufsehende Kreise zum Teil noch mehr zu respektieren, als sich in weite Kreise der Arbeiterschaft. Es waren in den letzten Monaten, vor dem Kongress, die verschiedensten Kräfte an der Arbeit, um das Gelingen desselben zu gewährleisten. Die leitenden Persönlichkeiten des Kongressausschusses standen gegenüber all diesen Bestrebungen wie ein Mann. Sie erklärten: Der Kongress wird abgehalten, und zwar so, wie wir ihn für zweckmäßig halten, und wenn die ganze Reaktion sich gebärdet wie ein rasender See. Graf Posadowsky hat jedoch ausgesprochen, daß der Kongress ein großer Tag gewesen. Wie sehr das zutrifft, mögen Sie aus meinen Andeutungen entnehmen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt gestern in einem Artikel, der belittelt ist: „Das Startell der schaffenden Stände und die christlichen Arbeiter“ am Schlusse folgendes:

„Es war ein eigentümliches Spiel des Zufalles, daß fast zu derselben Zeit, als der Kongress der christlichen Arbeiter gegen das „Startell der schaffenden Stände“ Stellung nehmen zu sollen glaubte, in Essen eine Verhandlung des Reichsdeutschen Mittelstandes verhandelt stattfand, die sich auch mit diesem Startell befahte. Wir haben in der heutigen Morgennummer über diese Versammlung ausführlich berichtet. Wer diesen Bericht unbefangenen Geistes liest, der wird zu der Überzeugung kommen müssen, daß die auf dem Berliner Kongress geäußerten Bedenken gegenstandslos und unbegründet sind.“

Wenn man das liest, sollte man meinen, wie befinden uns in der Situation der Erbauer des babylonischen Turmes. Versuchen wir uns denn nicht. Der Mittelstand hat sich in dem Startell verbunden mit dem Band der Landwirte und den Industriellen. Der Handwerks- und Gewerbetreibender hat auf seiner letzten Tagung u. a. folgende Forderungen aufgestellt: 1. Festbarmachung der Gewerkschaften für sogenannte „ungerechtfertigte Streiks“ - wer soll darüber entscheiden? -; 2. Verbot des Streikpolizeistehens; 3. Einschränkung des Versammlungsrechts und der Vereins- und Pressefreiheit; 4. Hebertragung bestimmter Funktionen des Staatsanwalts betreffend Anzeigepflicht an Arbeitgeberverbände. Der Zentralverband der Industriellen hat vorigen Sonntag durch Kommerzrat Borchert (Köln) folgendes gefordert: 1. Die Bildung eines Schutzverbandes gegenüber Sozialpolitik; 2. Stellungnahme gegen die „Versicherungsscheuche“; 3. gegen Tarifverträge und Einigungsämter; 4. gegen Arbeitslosenversicherung; 5. gegen die Gesellschaft für Soziale Reform und u. für die gelben Gewerkschaften. Der Bund der Landwirte fordert den infanterienlosen Zolltarif. Er verschleierte ja begrifflicher Weise, was er darunter verstehen will. Nun, er soll uns nicht für so dumm halten, daß wir uns dadurch täuschen lassen. Wir lassen uns nicht vor fertige Tatsachen stellen. Wir haben eine Warnungstafel aufgestellt.

Die „Kreuzzeitung“ meint, wir wären aus nationalen Gründen gezwungen gewesen, auch die Gelben zuzulassen. Dazu bemerken wir der „Kreuzzeitung“: Im selben Maße als Hausatand und Bund der Landwirte einander ausschließende Begriffe sind, schließen auch christliche Gewerkschaften und Gelbe einander aus.

Bei dem Kapitel „Koalitionsrecht“ sind von einzelnen Instanzrednern einige scharfe Worte gefallen. Ich sage mit großer Bestimmtheit voraus, daß diese ausgebeutet werden. Inbes, das können wir betragen. Die große Leffentlichkeit in Deutschland aber muß sich endlich einmal an den Gedanken gewöhnen, daß es nicht Aufgabe einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung sein kann, den bestehenden gesellschaftlichen Zustand bloß zu loben; wir haben vielmehr auch Forderungen an Staat und Gesellschaft zu stellen! Wir Arbeiter betrachten uns als Bestandteil des Gesamtvolkes. Die Gesamtheit hat aber auch andererseits die Verpflichtung, die Bedeutung des Lohnarbeiterstandes für die Gesamtnation anzuerkennen. Wenn man meint, die Mißstände, die sich ohne Zweifel auf dem Gebiete des Koalitions-

rechts herausgebildet haben, den Terror, den unberechtigten Druck beseitigen zu müssen, dann möge man eine Partei der anständigen Leute zusammenbringen. Wenn sämtliche bürgerliche Parteien geschlossen beurteilen, dann ist diese öffentliche Meinung hart genug, auch den sozialdemokratischen Egoismus durch moralischen Druck zu beseitigen. Aber man kann aus weitere Strafbestimmungen, weitere kaufkraftartige Bestimmungen nicht zumuten, weil es immer noch besser ist, daß einzelne seien, als daß ein gesamter Stand in seiner Entwicklung gehindert wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung steht grundsätzlich auf dem Standpunkt des Klassenkampfes. Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung hält diesen Standpunkt für falsch. Wir sagen: wir können in sehr vielen Fragen mit den übrigen Volksgenossen zusammenarbeiten. Die Arbeiter dürfen keinen Staat im Staate, keine Nation innerhalb der Nation bilden. Auf der andern Seite halten wir aber auch den Standpunkt der sogenannten „Wirtschaftsriedlichen“ für falsch. Bei der letzten Betriebszählung ist festgestellt worden, daß allein in rund 32 000 Großbetrieben, das sind solche, die mehr als 50 Personen beschäftigen, etwa 5 1/2 Millionen Arbeiter beschäftigt sind. Sodann sind in den deutschen Altengewerkschaften 1 1/2 Milliarden Mark investiert. Nun fehlt aber in diesen großen Gewerkschaftsbetrieben der persönliche Arbeitgeber. Ist das jedoch der Fall, dann ist es auch ausgeschlossen, daß in allen Fragen eine absolute Wirtschaftsfriedlichkeit und eine gemeinsame Interessensfront zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hergestellt werden kann. Sie dennoch proklamieren wollen, bedeutet eine völlige Verleugnung der im Wirtschaftsleben tätigen Triebkräfte. Wir sagen: Zwischen den Klassenkämpfern von links und den sojourn Wirtschaftsfriedlichen von rechts führt eine breite Mittelstraße. Und auf dieser Mittelstraße marschiert die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Selbstverständlich erhebt auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung einen größeren Anteil an den Erfolgen der Produktion sowie der materiellen und geistigen Kultur. Sobald die Unternehmer sich auf den vernünftigen, versöhnlichen Standpunkt stellen, daß die Arbeiterorganisationen das Recht haben, sich im Sinne der Besserung der Lage der Arbeiter zu bemühen, werden sie bald herausfinden, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung weder an den einzelnen Unternehmern, noch an die Industrie, noch an die Gesetzgebung Forderungen stellt, die unerfüllbar sind. Allerdings mit Bedenken können wir uns nicht abweisen lassen.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung steht auf staatspositivem Boden. Sie lehnt es ab, alles in Grund und Boden zu kritisieren. Das hat uns in den letzten Jahren den Vorwurf eingebracht, eine Schwertung nach rechts unternommen zu haben. Wie war denn die Sache? Seit 1909 ist das Bürgertum in immer steigendem Maße radikalisiert worden. Der Sozialdemokratie trieb man so die Haken geradezu in die Rücken. Wir sungen daher an, den deutschen Arbeitern zu sagen, daß es in Deutschland doch nicht so schlimm stehe, wie die Sozialdemokratie es wahr haben wollte. In Deutschland gibt es für die Arbeiterschaft doch nicht bloß Schattenseiten. Dieses Bemühen, der Arbeiterbewegung die staatspositiven Gedankengänge zu vermitteln, trug und von radikaler Arbeiterseite den Vorwurf einer Schwertung nach rechts ein. Unser Bemühen ging und geht darauf aus, mit den übrigen Volksgenossen an dem Ausbau und der Festigung unserer vaterländischen Einrichtungen mitzuarbeiten. Wir stehen in den Fragen des Kolonial- und Weltpolitik, des Heeres und der Marine des Schutzes der nationalen Arbeit usw., also in Lebensfragen der Nation, auf einem ganz andern Boden als die Sozialdemokratie. Wenn man trotzdem sagt: Sozialdemokratisch gebären oder christlich geschmort, ist uns egal - dann sage ich denen, die so reden: Ihr mögt gute Geschäftsmänner sein, Staatsmänner sein, Ihr nicht!

Welche Forderungen wir zu stellen haben, das ist in den letzten Tagen dargelegt worden. Ich will auf die Tagesordnung nicht im einzelnen zurückgreifen, sondern erinnern nur an die einzelnen Punkte derselben. Für die Gestaltung der Dinge im öffentlichen Leben sind nicht bloß Kräfte erforderlich. Sorgen Sie dafür, daß in dem Geiste, der in den letzten Tagen hier diesen Sozialdemokratie weiter gearbeitet wird. Dann wird sich herausstellen, daß noch breite Arbeitermassen in Deutschland für das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gewonnen werden können und ohne Zweifel auch gewonnen werden. In diesem Sinne vorwärts zu neuen Kämpfen, vorwärts zu neuen Siegen! Mit einem dreifachen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung und dem Abgehen des Sieges „Deutschland, Deutschland über alles“, fand der Kongress seinen Abschluß.

# Friede im Köln-Düsseldorfer Buchbindergewerbe.

Die organisierte Buchbinderei-Arbeiterschaft von Köln-Düsseldorf gab der Tarifkommission durch Resolution das Recht enogültig einen Tarif abzuschließen, wenn dieser den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Da in einzelnen Betrieben angelegte Ueberstunden als vorbeugende Maßnahmen gegen den Streik angesehen wurden, wendete sich die Arbeiterschaft mit Erfolg dagegen, was zur Folge hatte, daß die Prinzipalsorganisation sofort mit den Vorstehenden der 4 Zahlstellen in Verbindung trat und den Weg zu einer Planarverhandlung fand. Mit Entschiedenheit vertrat der Vorstehende unserer Zahlstelle Köln gegenständig der Vorbesprechung mit den Prinzipalsorganisationen die besonderen Interessen der Düsseldorfer Arbeiterschaft und gab unzweideutig zu erkennen, daß die christlich Organisierten von beiden Städten bei Nichtberücksichtigung, das letzte Mittel anwenden würden. Leider aber mußten wir nachträglich die Erfahrung machen, daß die Vertreter des Buchbinderverbandes nicht die gleiche Entschiedenheit für die besonderen Kölner Interessen an den Tag legten.

Die am Dienstag den 16. Dezember im Präsidium Hof zu Köln stattgefundenen Verhandlungen, die sich bis spät in den Abend ausdehnten, belasteten die Verantwortungsypflicht der Gehilfenvertreter ins ungemessene. Die Meinungen in Bezug auf das Erreichbare gingen weit auseinander und in Sonderberatungen wurden erregte Debatten gepflogen. Auf dem Wege friedlicher Verständigung dürfte allerdings das Weitgehendste erreicht sein.

Der die Verhandlungen bis ins Uferlose geführte Streitpunkt über die Einbeziehung der Arbeiterinnen in den Tarif, führte schließlich zu dem Ergebnis, daß von dem Grundlohn von Mk. 7,50, (bzw. 9 Mk. für jene Arbeiterinnen, die später in den Beruf eintreten) eine halbjährliche Steigerung um 75 Pfg. bis zum Höchstminimallohn von 15.— Mark erzielt wurde. Diese Vereinbarung gilt als bindend außerhalb des Tarifes für beide Städte. Alle Berufskammern die 1. Position der Lohnskala günstiger wie angeboten zu formen, scheiterte an dem Widerstand der Prinzipale. Es wurden folgende Minimallöhne vereinbart. Im 5. Berufsjahre 20.— Mk., im 6. und 7. 24.— Mk., im 8. und 9. 27.— Mk., in den folgenden Jahren 30.— Mk. Ueberstundenzuschlag von 25% für die ersten 2 Stunden, 33 1/3 % für die folgenden und 50% für Sonntagsarbeit. Die Arbeitszeit beträgt künftig für gemischt betrieb allgemein 53 Stunden pro Woche. In den reinen Buchbindereien, wo bisher die 9 1/2 stündige Arbeitszeit in Geltung war, tritt die 9 1/2 stündige Arbeitszeit in Kraft und in der Mitte der Tarifperiode also nach 1 1/2 Jahren muß in den letztbenannten Kleinbetrieben ebenfalls die 9 stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die Tarifdauer wurde auf 3 Jahre vereinbart.

Auf die sofortige Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit hatte unser Verband das Hauptgewicht gelegt und die Mitgliedschaft war bereit, den Kampf hierwegen aufzunehmen. Da aber letzten Herbst der Gewerkschaft die 9 stündige Arbeitszeit innerhalb der Tarifperiode, Annahme fand, hat sich die Mehrheit der Gehilfenvertreter zur Annahme des Tarifes bereit erklärt. Wenn auch nicht alle berechtigten Forderungen der Gehilfen die Zustimmung der Prinzipale fanden, so ist doch ungewisselhaft fest, daß der Neuabschluss ein Stützpunkt wesentliche Vorteile für die Kollektivität bringt, zumal die Tarifdauer nur 3 Jahre, statt bisher 6 Jahre währt.

Die Kampfesstimmung im Gehilfenlager war groß und man rechnete kaum noch auf eine friedliche Verständigung. Die Kölner organisierte Arbeiterschaft war zu jedem Opfer bereit, die Lage der Berufszugehörigen zu heben. Möge man es besonders unserer Organisation danken, indem wir nun ebenfalls an den Segnungen des Tarifes teilnehmen, nun unverzüglich in den Grabbhären des Gewerkschaftsverbandes eintreten, der in Köln heute schon die große Mehrheit der Berufszugehörigen umfaßt.

## Die Teuerung dauert fort!

In der „Allniedlichen Volkszeitung“ (2. Dezember) wird das folgende festgestellt: Die Preise der Lebensmittel behaupten — abgesehen von gelegentlichen Schwankungen nach unten, die sich

immer wieder rasch ausgleichen — ihren hohen Stand, trotz guter Ernten und trotz aller jährliehen Versuche, die Teuerung (in der Regel mit ungeeigneten Mitteln) zu bekämpfen. Den besten Beweis für die chronische Art der Teuerung liefert die Aufstellung über die Lebensmittelpreise. Nach den monatlichen Berichten über die Höhe der Lebensmittelpreise in etwa 190 deutschen Städten berechneten sich die Kosten des Aufwandes für Nahrungsmittel einer vierköpfigen Familie für die Woche im Deutschen Reich durchschnittlich auf: Mark:

|           | 1911  | 1912  | 1913  |
|-----------|-------|-------|-------|
| Mai       | 24,72 | 25,52 | 25,43 |
| Juni      | 23,97 | 25,55 | 25,35 |
| Juli      | 24,27 | 26,10 | 25,88 |
| August    | 24,65 | 26,96 | 25,81 |
| September | 24,77 | 26,61 | 25,78 |
| Oktober   | 24,88 | 26,26 | 25,71 |

Im Monat Oktober der Jahre 1911 bis 1913 stellen sich die wöchentlichen Kosten des Haushalts einer vierköpfigen Familie in folgenden prägnanten Landesteilen auf Mark:

| Oktober            | 1911  | 1912  | 1913  |
|--------------------|-------|-------|-------|
| Groß-Berlin        | 24,54 | 25,50 | 24,87 |
| Frauenburg         | 24,49 | 26,38 | 25,82 |
| Schlesien          | 25,25 | 26,60 | 24,27 |
| Sachsen            | 26,17 | 27,26 | 26,77 |
| Schleswig-Holstein | 25,30 | 26,23 | 25,74 |
| Hannover           | 24,36 | 25,66 | 25,49 |
| Weitalien          | 24,48 | 26,18 | 25,95 |
| Sachsen-Mark       | 25,11 | 26,31 | 25,75 |
| Rheinland          | 26,19 | 27,19 | 26,92 |

Für die wichtigsten nichtpreussischen Gebiete ergaben sich folgende Indizes:

| Oktober   | 1911  | 1912  | 1913  |
|-----------|-------|-------|-------|
| Bayern    | 24,28 | 26,42 | 25,56 |
| Sachsen   | 24,06 | 25,93 | 25,49 |
| Thüringen | 25,17 | 27,02 | 26,58 |

Eigentlich hätte die gute Ernte des Jahres 1913 doch durchgreifende Besserung bringen müssen; daß diese ausbleiben ist, muß in der Hauptfache auf die Schuldrechnung unserer Wirtschaftspolitik gesetzt werden.

Aus diesen Angaben mögen unsere Kollegen ersehen, wie notwendig es war, daß der dritte deutsche Arbeiterkongress zu dieser wichtigen Frage Stellung nahm. Siegenwald hatte vollumfänglich recht mit seiner Erklärung: Es ist nicht nur das Recht, sondern die unabwendbare Pflicht aller an der Lebensmittelpflicht interessierten Volksschichten, nach Mitteln der Abhilfe zu suchen.

## Gekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 51. Wochenbeitrag pro 1913 fällig.

Im Interesse einer glatten Abrechnung pro 1913 eruchen wir die Ortsvorstände und Vertrauensleute, auf jene Mitglieder im besonderen einzuwirken, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Wir machen ferner die Ortsverwaltungen wie die Mitglieder darauf aufmerksam, daß pro 4. Quartal der Delegiertenbeitrag pro 1913 zu entrichten ist. Männliche Mitglieder, (ausgenommen Lehrlinge und jugendliche Mitglieder) müssen eine Delegiertenkarte a 40 Pfg. und weibliche Mitglieder eine solche a 20 Pfg. im Buche unter Delegiertensteuer, oder auf der Rückseite der Mitgliedskarte haben. Der Delegiertenbeitrag ist 3 w a n g b e t r a g und dient zur Deckung von Generalsammlungsunkosten. Nur jene Mitglieder, welche in den letzten 6 Wochen des Jahres eintreten, sind von diesem Beitrag für 1913 befreit.

Von der Zahlstelle Venderödorf sind 1000 Mk. als 1. Rate pro 4. Quartal eingegangen.

Gesperrt sind: Nachen und Pagen (Firma Schlegel u. v. d. Heyden).

Das Auszahlen der Militärunterstützung zu Weihnachten an alle bezugsberechtigten Mitglieder, die im zweiten oder dritten Jahre dienen und deren Mitgliedsbücher der Geschäftsstelle des Verbandes zur Aufbewahrung eingeschickt sind, macht es erforderlich, daß die Kollegen der Verbands-Geschäftsstelle aus ihrer Garnison die genaue Adresse mitteilen.

Strasports mühten wir in letzter Zeit sehr oft wegen Uebergehens mit 10 Pfg. frankierten Briefe zahlen. Im besonderen kam dies bei allen Antrags-einbringungen der Volksversicherung betreffend in Frage. Wir eruchen künftig, derartige Kosten zu vermeiden, da wir sie andernfalls den Zahlstellen aufschreiben.

## Der Zentralvorstand.

J. A. Hornbach.

## Rundschau.

### Arbeiter, handelt sozial!

Es ist kein Druckfehler — die Mahnung zu sozialer Handlungsweise gilt diesmal Euch, den Arbeitnehmern! Ihr seid die große Masse der Käufer; je nachdem, ob und wie Ihr unter dem Gefühl sozialer Verantwortlichkeit handelt, wenn Ihr als Käufer auftritt, beeinflusst Ihr Wohl und Wehe von tausenden Eurer Brüder zum guten oder zum bösen. Es ist jedoch der Prüffstein Eurer eignen sozialen Bestimmung, ob Ihr auch anderen gegenüber sozial zu handeln wißt. Ihr fordert vom Geschäfte, verlangt von der öffentlichen Meinung, daß Euer Reformvorschlag Anerkennung finden und Ihr wendet Euch mit Recht an das öffentliche Gewissen. Ihr baut auf die Erkenntnis, daß Volkswohl und Volkskraft Schaden leiden müssen, wenn einzelnen seiner Teile der Aufstieg zur Kultur dauernd verlagert bleibt. Seid aber eingedenk, Arbeitnehmer, daß dieser Eurer Anspruch auf die Unterstützung aller sozial Gesinnten nur solange Euer Recht bleibt, als Ihr selbst Euch für die Anderen verantwortlich fühlt. Wißt, daß Ihr, Angestellten und Beamten, Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen die einflussreichsten Erzieher zu sozialer Bestimmung seid. — Durch die Macht, die Euch als Käufers gegeben ist.

Der „Deutsche Käuferbund“ will das Bewußtsein sozialer Verantwortlichkeit beim Käufer wecken, ihn zur „Käufersmoral“ erziehen. Er kann und will, indem er sich dieser Aufgabe unterzieht, an der Masse der Arbeitnehmer nicht vorbeigehen, denn gerade von ihrer Bewußtsein für den Gedanken der Käufersmoral hängt unendlich viel für den Erfolg seiner Arbeit ab. Darum mahnt der Deutsche Käuferbund die Arbeitnehmer gerade jetzt, in den Wochen vor dem Feiertag: Seht durch recht zeitige Übernahme Eurer Weihnachtseinkäufe Tausenden Eurer Volksgenossen die schwere Zeit vor Weihnachten mit ihrer Anspannung von Körper und Geist, wochenlang bis tief in die Nacht hinein, erleichtern. Gebt jetzt schon Eure Weihnachtseinkäufe auf: Ihr werdet sorgfältiger bedient und findet größere Auswahl! Niemand wird Euch dafür dankbarer sein, als jene Eurer Brüder, Präter, Schwäger, Söhne, Töchter, die in Laden, Werkstatt oder Heimarbeit unter dem Druck des Weihnachtsdranges schwere Opfer an Gesundheit, Lebenskraft und Lebensfreude bringen. Bedenkt, harte Arbeit wochenlang, auch nicht durch einen Tag freundlicher Ruhe und Sammlung unterbrechen!

Was das so sein? Wird diese fieberhafte Hast des Geschäftslebens durch Verhältnisse bedingt, gegen die anzukämpfen der Einzelne machtlos ist? Wäßen wir sie hinnehmen, ein betrübendes Zeichen menschlicher Ohnmacht? Das, gerade das ist das Tragische: Der unerhörte Druck, unter dem das Geschäftsleben der letzten Wochen im Jahre steht, ist zu einem großen Teile eine Folge der Sünden derer, die sonst im Staupen um bessere Lebensbedingungen, um mehr Licht und Sonne im Leben der Arbeit, Schulter an Schulter mit jenen stehen, die unter ihm leiden.

So beschränkt auch Eure freie Zeit, laßt möglichst am Tage, niemals nach 8 Uhr abends und nicht am Sonntag, bedenklich, daß Schandmal zur Veranschaulichung hat Schuldlohn. Bleibt Euretwege und um die Sorgen des Geschäftslebens zu mindern, dem Grundfah der Parzahlung treu. Noch einmal: beginnt schon jetzt mit Besinnung und Einsicht, Ihr bewahrt Tausende vor netzgeräusender Nachtarbeit!

Mit einem Wort: Arbeitnehmer, übet „Käufersmoral“ und verachtet damit ein Werk der Menschlichkeit!

### Das Solinger Krankenfaschen drama

beschäftigt noch immer die Öffentlichkeit. Die sozialdemokratische Presse gibt sich frampfhaftige Mühe, den Sachverhalt zu verschleiern und die Sozialdemokratie rein zu waschen. Sie behauptet zunächst, daß der Rentand Reinhardt, der als Hauptschuldiger bekanntlich zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, erstens kein Sozialdemokrat gewesen, und zweitens der Kasse von der Aufsichtsbehörde aufgezungen worden wäre. Das ist eine bewußte Unwahrheit und bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. Wahr ist, daß der Rentand Reinhardt von der sozialdemokratischen Mehrheit in der Krankenfaschenleitung gewählt wurde und daß er, was ohne weiteres schon daraus zu schließen ist, zu der Sozialdemokratie in sehr engen Beziehungen stand. Wahr ist ferner, daß der Vorstehende der Krankenkasse ein wachsender Obergenosse und gleichzeitig sozialdemokratischer Stadverordneter war. Dieser Vorstehende Knuth, der zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, hat die „bewährten Verwaltungsgewandtheiten“ der Sozialdemokratie in der Krankenversicherung arg an den Pranger gestellt. Er hat sich zu wiederholten Malen selbst Hypothekendarlehen aus der Kasse angewiesen, einmal 4500, dann 3550 und noch einmal 8500 Mark. Diese Summe ließ er als dritte und vierte Hypothek eintragen, was direkt ungesetzlich ist, da Krankenfaschengelder nur mündelicher angelegt werden dürfen. Als der Vorstehende des Oberfelder Landgerichts den Obergenossen Knuth auf die Verletzung dieser gesetzlichen Bestimmung aufmerksam machte, gab der Angeklagte folgende bezeichnende Antwort: „Was mündelicher heißt, weiß ich nicht, ich weiß auch nicht, daß etwas derartiges im Statut oder im Gesetz steht.“ So steht ein sozialdemokratischer Kassenvorsitzender aus! Weiß nicht einmal, was mündelicher ist und im Statut steht. Als die Krankenkasse einmal ein neues Kapital bezog, waren die alten Möbel nicht mehr fein genug. Sie wurden für 467 Mark verkauft, wovon Knuth in seine Tasche 300 Mark steckte. Von den restlichen 267 Mark wurde ein Festessen veranstaltet, an dem der Wirt aber angeblich so wenig verdienen, daß später noch eine Weintraube veranstaltet wurde, die 80 Mark verschlang. Der sozialdemokratische Vorstehende Knuth wollte auch stets fein gekleidet und in blendend weißer Wäsche gehen. Deshalb wurden ihm aus Kassenmitteln durchschnittlich monatlich 12 Mark für Kleidung und weiße Wäsche vergütet. Eine noch schlimmere Rolle spielte ein anderes Vorstandsmitglied der Kasse, der sozialdemokratische Metallarbeiterverbandsbeamte Albers, der an den Festgeltern und Orgien des Rentanden teilnahm und auch außerdem über 1000 Mark in bar aus den Kassenmitteln für sich einsteckte. Dieser Obergenosse ist nachher geflüchtet, dann aber verhaftet und ebenfalls mit einem Monat Gefängnis bestraft worden. Diese gebornene rote Schule war ein besonders gefährlicher Gegner der christlichen Gewerkschaften. Aus der ganzen Sachlage der Solinger Korruptionsgeschichte und nach dem Ausgang der Gerichtsverhandlung besteht die Tatsache unverrückbar fest, daß die sozialdemokratische Verwaltungskunst in den Krankenfaschen durch die Solinger Vorgänge wieder einmal öffentlich an den Pranger gestellt wurde.

### In Saden

der offenen Handelsgesellschaft Firma Schlegel u. v. d. Heyden in Saden, vertreten durch die Rechtsanwältin Raffau und Dr. Goben in Saden, gegen 1. den Gewerkschaftssekretär Josef Ernst, 2. den Arbeitersekretär Heinz Albersmann, beide in Saden, vertreten durch den Rechtsanwalt Auguste in Saden, schlossen die Parteien folgenden Vergleich:

§ 1. Die Beklagten verpflichten sich zu erweisen, daß der gegenwärtige Beschäftigte über die Erzeugnisse der Klagen aufgehoben wird.

§ 2. Die Beklagten geben folgende Erklärung ab: Wenn wir in dem an die Papier- und Buchhändler gerichteten Flugblatt vom 2. Dezember 1912 erklärt haben, die Klägerin habe die Affordpreise herabzusetzen versucht, so haben wir nicht damit sagen wollen, sie habe ihre eigenen früheren Affordpreise herabzusetzen versucht. Vielmehr haben wir damit nur aussprechen wollen, daß die neuen Affordpreise der Klägerin niedriger seien als diejenigen der Firma Weber u. Eichenberg, und daß die Klägerin auf Grund früherer Vereinbarungen im vorliegenden Falle verpflichtet sei, ihre Affordpreise denjenigen der Firma Weber u. Eichenberg gleichzusetzen.

Wir erklären weiter, daß die Ansichten der Parteien darüber, ob eine solche Verpflichtung bestand, zwischen den Parteien auseinandergehen, daß wir aber nicht behaupten wollen, die Klägerin bestreite jene Verpflichtung wider besseres Wissen. Im übrigen soll diese Frage unerörtert bleiben, weil keine Partei an ihrer Erörterung noch ein Interesse hat.

Wir haben der Klägerin in dem erwähnten Flugblatt Tatsachen deshalb vorgezogen, weil wir der Ansicht sind, daß der von dem Tarifschiedsgericht behandelte Streitfall zur Zuständigkeit dieses Gerichts geführt hat und daß dieses Gericht unparteiisch besetzt gewesen ist. Wir nehmen aber von der Erklärung der Klägerin Kenntnis, daß nach ihrer Ansicht die Zuständigkeit des Schiedsgerichts für diesen Fall nicht begründet und deshalb auch nicht unparteiisch besetzt war, und lassen es dahingestellt, welche von beiden Parteien bezüglich dieser Frage im Recht ist. Wir erkennen aber an, daß die Klägerin nicht wider besseres Wissen ihre Ansicht vertritt.

Wir werden die Behauptung nicht wiederholen, daß die Klägerin im Jahre 1912 die Affordpreise herabgesetzt oder herabzusetzen versucht habe und daß sie Tarifmäßig begangen habe.

§ 3. Die Klägerin zieht die Klage zurück und verzichtet auf alle Schadenersatzansprüche. Die Klägerin trägt die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits.

§ 4. Die Afflagen veröffentlichten diesen Vergleich wörtlich je einmal in folgenden Wägern: Freie Presse, Eberfeld, Deutsche Volkzeitung, Dagen, Buchbinderzeitung, Berlin; Graphische Stimmen, Köln.

§ 5. Die Klägerin darf den Vergleich ebenfalls veröffentlichten.

§ 6. Jegliche Kritik der durch den Vergleich erledigten Streitfragen darf beiderseits nicht mehr stattfinden.

Dagen, den 10. November 1913.  
adv.: Kaffau. Müllige.

## Aus den Zahlstellen.

Berlin. Nachdem der dritte deutsche Arbeiterkongress beendet war, hielt am gleichen Tage unsere Zahlstelle ihre Versammlung ab. Der Besuch hatte ein besseres sein können, noch dazu, wo unser Zentralvorsteher Kollege Hornbach in dankenswerter Weise das Referat über „Die Arbeitslosenfrage“ übernommen hatte. In kurzen klaren Zügen schilderte er den Verlauf des Kongresses, dessen Bedeutung noch lange die Öffentlichkeit beschäftigen wird. Sodann kam Redner auf das eigentliche Thema, die Arbeitslosenfrage, zu sprechen. Von dem Arbeitgeber wird die zunehmende Arbeitslosigkeit bestritten und nur als vorübergehende Situation angesehen. „Wer arbeiten will, findet immer Arbeit“, ist ein abgebrauchtes Schlagwort, das eine grobe Unwahrheit darstellt. Dagegen sprechen die mannigfachen Ursachen, wie z. B. technische Neuerungen, Miskanten, Herangehen ausländischer Arbeiter usw. Nach den Ermittlungen dürften in Deutschland durchschnittlich 500 000 Arbeiter und Angestellte betroffen sein. Am eine Verminde rung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen, soll das Verlegen öffentlicher Arbeiten in Zeiten niedriger Konjunktur angestrebt werden. Außerdem Einführung einer Arbeitslosenversicherung (Central System), wie sie bereits in Köln, Schwaberg und vielen anderen Städten besteht. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß Berlin in dieser Beziehung die rückständigste Stadt sei. Und hoffen wir, daß die vom Kartell bereits an der Berliner Magistrat eingeleitete Resolution dazu beitragen möge, diesen Lebensfaden abzuhelfen. Zum Schluß fordert Kollege Hornbach die Anwesenden auf, mehr als bisher mit aller Energie dem Gegner gegenüber zu treten, nur so können wir uns vor ihm Achtung und Respekt verschaffen. Darum vorwärts, Kollegen, daß auch wir in Berlin weiterkommen.

Köln. Am Sonntag, 7. Dezember, vorm. 10 $\frac{1}{2}$  Uhr hatten die Arbeitnehmerorganisationen, Graphischer Zentralverband und Deutscher Buchbinderverband im „Goldenen Löwen“ eine öffentliche Versammlung für das Kölner Buchbinderpersonal emberufen, die massenhaft besucht war.

Der 1. Referent, Kollege Sehlmaier vom Graphischen Zentralverband, schilderte eingangs seines Vortrages die urgent geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen des Buchbinderpersonals für Köln-Düsseldorf und beschätzte sich dann im besonderen mit dem Angebot der Prinzipale für den neu abzuschließenden Vertrag. Die wöchentliche Arbeitszeit von 55 $\frac{1}{2}$  Stunden habe mit Recht einmütige Ablehnung durch die organisierte Arbeiterschaft erfahren, zumal die 55-stündige bereits in allen Großbetrieben längst eingeführt ist und nur in Kleinbetrieben 9 bezw. 10 $\frac{1}{2}$  Stunden gearbeitet wird. Im Interesse einer Kinderheit habe man sich im Prinzipalslager nicht dazu verstehen können, der Mehrheit bereits gewährten 55-tägigen Arbeitszeit tariflich Nachsicht zu tragen. Die Verzögerung von 1 $\frac{1}{2}$  auf 9 Stunden in den kleineren Betrieben könne ohne Schädigung von Geschäftsinteressen durchgeführt werden, da die Intensivität der Arbeiterschaft hierdurch ganz selbstverständlich eine Steigerung erfahre. Die Konferenz der Prinzipale in jenen Betrieben, wo bereits 55 Stunden praktiziert sind, die Möglichkeit zu haben, diese

auf 54 Stunden zu verlängern, habe ebenfalls mit Recht allseitigen Widerspruch im Arbeitgeberlager erfahren, zumal diesbezügliche Verträge bereits zutage getreten wären.

Die angebotenen Minimallöhne der Gehältern betragenden ebenfalls nicht, zumal der bisherigen Lohnskala in 4 Stufen eine 5. angegliedert werden soll, wodurch die Erreichung des höchstzulässigen Lohnes volle 2 Jahre später erreicht würde. An dem 4. Stufenentfernter müßte unter allen Umständen festgehalten werden. Der Höchstminimallohn müße längstens nach dem 9. Perusjahre in Kraft treten. Redner ging dann im besonderen auf die Teuerungserhältnisse ein und bezeichnet bei dieser Gelegenheit die materiellen Zugewinne der Minimallöhne der Gehältern als nicht ausreichend und erhofft bessere Zugewinne. Sodann vertrat er sich ausführlich über das Hilfsarbeiterverhältnis im Verste und sprach zuletzt die Erwartung aus, daß diese sich künftig in größeren Massen um das Banner der Organisation scharen möchten, weil unter dieser Voraussetzung im allgemeinen auf ein erfolgreiches Verhandeln gerechnet werden könne. (Mägenmer Beifall.)

Der 2. Redner, Gauleiter Grotzschow vom freien Buchbinderverband, befaßte sich im besonderen mit den getragenen Verhandlungen und begründete das gemeinsame Vorgehen und künftige Handeln in den beiden Städten Köln-Düsseldorf. Er ermahnt, die Einheitlichkeit aufrechtzuerhalten, die Organisationen noch zu vervollständigen und erriet ebenfalls allgemeinen Beifall.

Die Diskussion war überaus lebhaft und allgemein wurde das Vorkommen der Prinzipale als unannehmbar bezeichnet. Neben einigen Düsseldorfser Kommunisten beteiligten sich auch die Verbandsvorstände Alth-Berlin und Hornbach-Köln an der Debatte. Alth hob die große Bedeutung der ungelerten Arbeiterschaft bei Buchbinderarbeiten hervor und ermahnte die organisierte Arbeiterschaft zu freiem Zusammenhalten in der kommenden kritischen Zeit. Hornbach nahm Bezug auf das letzte Antwortschreiben der Prinzipale und erwiderte darin die Hoffnung, auf nochmalige Verhandlungen mit günstigeren Zugewinnen. Wenn auch die ungelerte Buchbinder-Arbeiterschaft noch zum großen Teile in Köln der Organisation fernstehe, so sympathisiere sie dennoch mit der Bewegung und habe in vielen Fällen bereits zu erkennen gegeben, daß sie im Falle eines ersten Konkurses nicht Gehör bei Fuß stehen bleibe, sondern aktiv mitzutreten beabsichtige. Mit dem Appell, energisch die Initiative auch auf die ungelerte Arbeiterschaft im Buchbindergewerbe in Köln auszudehnen und die bereits eingeleitete Resolution gutzuheißen, fand die Diskussion ihr Ende. Der Vorsitzende Strammann der Zahlstelle Köln des Graphischen Zentralverbandes versprach im Auftrage der Tarifkommission, daß diese nach wie vor mit Energie und Eifer die Interessen der Allgemeinheit vertreten werde. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heutige Versammlung erklärt, daß die Zugewinne der Arbeitgeber ungenügend und daher unannehmbar sind. Besonders läßt es die Versammlung für unbedingt notwendig, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mitgebeßert werden. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß die gemeinsame Lohnkommission nochmals mit den Arbeitgebern verhandelt und gibt ihr das Recht, endgültig einen Tarif abzuschließen, wenn dieser den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Sollten dennoch die Verhandlungen scheitern, so hat die Lohnkommission das Recht, die gesamte Kollegenchaft zur Kündigung ihrer Stellen aufzurufen und die Versammlung erwartet von denselben, daß sie vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückweichen und dem Rufe der Lohnkommission ausnahmslos folgen wird.

Die massenhafte besuchte Versammlung wurde mit der Zustimmung auf einen allseitig frühbringenden Verlauf und einem Hoch auf die Einigkeit vom Versammlungsteilnehmer Kollegen Dechow geschlossen.

Köln. In Anbetracht, daß zu unserer diesmaligen Versammlung Kollege Weisenberg erscheinen sollte, sah dieselbe doch etwas wenig Besucher, indem bei außerordentlichen Anlässen 50 Prozent der Anwesenden nicht genügen. Auch wird es sich wohl empfehlen, bei ähnlichen Gelegenheiten etwas früher zu beginnen, da 9 Uhr abends doch etwas spät scheint. Mit Rücksicht auf den soeben in Berlin stattgefundenen 3. deutschen Arbeiterkongress und das Vorgehen der Konföderativen zwecks Aufhebung der Gesamtarbeiterbewegung gatten die Ausführungen des Referenten den Feinden der christlichen Arbeiterbewegung wie auch den Vertretern derjenigen Stände, denen Sozialpolitik und Arbeiterrechte an und für sich ein Greuel ist. Nach Redners Redeversicherung sind Berliner und Selbe größere Gegner von uns als Freie und Christen, Dunderdise, weil sie unaufrichtig sind, überhaupt nicht als Arbeitervertreter zu bezeichnen sind. Das Vorgehen der Konföderativen erklärt er sich aus Mache dafür, weil die Gewerkschaften neuerdings mehr in Landarbeiterkreisen Eingang suchen und finden, was den Agrariern unangenehm sei, und andererseits aus taktischen Gründen, um die National-Liberalen, die Vertreter der Industrie, an sich zu fetten und bei den Zollberatungen sich dienstbar zu machen. Verfeuertlicherweise, wohl auch unter dem Zeichen des Berliner Kongresses, hat die Regierung Rückgrat gezeigt und will den Schmarfmachern nicht zu Gefallen sein.

An das Referat schloß sich eine längere Diskussion an, wobei u. a. auf Vorschlag des Kollegen Füller eine Soulagitation beschlossen wurde, ferner wurden die Kollegen erucht, sich an der nächsten Sonntag in R. Gladbach stattfindenden öffentlichen Versammlung zahlreich zu beteiligen.

Lebensdorf. Sonntag, den 14. Dezember fand eine Vorstandssitzung unserer Zahlstelle in Lebensdorf bei Badens statt. Da unsere Zahlstelle jetzt auf über 600 Mitglieder angewachsen ist, welche sich auf 4 Betriebe verteilen, mußten wir dazu übergehen, den Vorstand zu

ergänzen, und ist derselbe jetzt 14 Mann stark. Trotz der weiten Entfernung (die Kollegen wohnen im Umkreis von 3 Stunden) waren sie alle bis auf 2 erschienen. Der Vorsitzende Kollege Walter begrüßte die Erschienenen und machte die reichhaltige Tagesordnung bekannt. 1. Die vom Sekretär Weisenberg in der letzten Zeitungsnnummer vorgeschlagene Auflösung der Zahlstelle und Einleitung nach Betrieben. Nach einer längeren eifrigen Diskussion, in der das für und Wider besprochen wurde, einigte man sich zum Wohle der ganzen Bewegung auf folgenden Beschluß: Die Zahlstelle wird in Sektionen eingeteilt, jeder Betrieb erhält seinen Vorstand, jedoch bleibt der Kassierer der jetzigen Zahlstelle Hauptkassierer. Jeder Betrieb hält seine Verhandlungen für sich ab, es soll aber mindestens jedes Vierteljahr eine gemeinsame große Versammlung stattfinden.

2. Vorschläge von Kollegen zum Vorstand der Betriebskrankenkasse S. A. Schöcker u. Köhn, welche zugleich als Ausschuss zu fungieren haben, fanden einstimmige Annahme.

3. Agitation in diesem Winter. Da noch viele hier für uns zu gewinnen sind, soll ein gewisser Bezirk demnächst bearbeitet werden. Ferner wurde beschlossen, am Sonntag, den 21. Dezember in Niederau bei Jannes unsere Monatsversammlung abzuhalten. Mit einigen anregenden Worten schloß Kollege Walters die Versammlung.

## Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

Kugelsburg. Jeden 2. Sonntag im Monat im Gewerkschaftslokal „Schützenhalle“ Wintergasse 12.  
Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der Mehr. Wilms, Ludwigsstr. 35 in Eberfeld und im Rest. Rindermann Oberdörnerstr. 69 in Barmen.  
Berlin. Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller, Stralauerstr. 53 (Gärtnerheim) pünktlich 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Bielefeld. Jeden 1. Mittwoch im Monat im Gräf. Heim-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.

Bonn. Jeden zweiten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant Köhn, Sonntag 4.  
Dießen (Oberh.). Jeden 1. Samstag nach dem 15. eines jeden Monats findet im Gasthof „Neue Post“ unsere Versammlung statt.

Donaueschingen. Jeden 1. Samstag im Monat im Gasthaus „Zum scharfen Eck“ (Rast Köhner).  
Duisburg. Jeden 4. Samstag im Monat im Restaurant Corio, Friedr. Wilh.-Platz, Ecke Sonnenwall.  
Düren. Jeden 3. Samstag im Monat abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Lokale Rinkenberg, Philippstraße.

Düsseldorf. Nächste Versammlung am 27. Dezember.  
Effen. Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Restaurant Rast Rosen, Alrrediplatz.  
Freiburg. Samstag, den 27. Dezember im Verkehrslokale Brauerei Ganten, Schiffsstr.

Freising. Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung im Gräf. Gewerkschaftshaus zum Jägerwirt.  
Gagen. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Eichhoff, Körnerstr. 17.

Hamburg. Nächste Versammlung am 27. Dez. in Hagelkeins Gesellschaftshaus, Schlachterstr. 43/44.  
Hamm. Versammlung am 27. Dezember bei Hagemer, Süßstraße.

Kempen. Jeden ersten Samstag im Monat abends 9 Uhr im Restaurant „Central“.  
Königsberg. Jeden 1. Donnerstag im Monat um 1 $\frac{1}{2}$  Uhr im Restaurant Steinbock.

Köln. Am 20. Dezember sehr wichtige Versammlung im Dreieck mit Berichtserstattung über die stattgefundenen Tarifverhandlungen und Erläuterung des neuen Tarifs. Erscheinen Oberfläuter.

Lebensdorf. Sonntag, den 21. Dezember, vorm. 10 $\frac{1}{2}$  Uhr in der Restauration J. Jannes zu Krauthausen sehr wichtige Versammlung. Die Kolleginnen und Kollegen sollen vollständig erscheinen, da neben wichtigen Betriebsangelegenheiten, die Zahlstellenverteilung von Lebensdorf zur Debatte steht.

München. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Schommergarten, Schommerstr. 6 (Minuten vorm. Bahnhof).

M. Gladbach. Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt Paul Vamberger Steppesstraße 1/9 Uhr.  
M. Gladbach-Höft. Jeden 2. Samstag im Monat im Arbeitervereinslokal beim Wirt Peter Dechmann vollständig erscheinen wird bezeugen gebeten.

Münster. Samstag, den 27. Dez. bei Tillmann Köhn, Straße, vollständig erscheinen Ehrenpflicht.  
Münster. Jeden 3. Samstag im Monat im Arbeitervereinslokal im Restaurant Laufert.

Niederrhein. Jeden 2. Dienstag im Monat im Rindfleischbiergarten.  
Niederrhein. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jannesbiergarten.

Soest. Sonntag, den 4. Januar Versammlung verbunden mit Weihnachtstfeier in Wolf, Grottenstr. 11. Ehrenpflicht.  
Stuttgart. Am 1. Montag jeden Monats, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Versammlung im Lokal Herzog Christoph, Grottenstr. 11.

Wuppertal. Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung bei Scholl, Sandgasse.

Unsere lieben Kollegen und Kolleginnen

Georg Kaiser und Hans Schwab

zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Sachliche Diener.

Verantwortlich: E. Sehlmaier, Köln, Venloerstr. 11.  
Druck: Köln-Grünfelder Handbindererei, Münster.